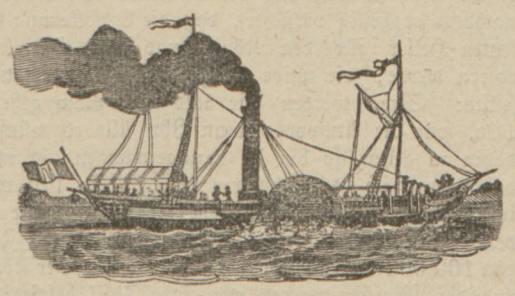
Danziger Dampfboot.

№ 117.

Mittwoch, den 21. Mai.

Das „Danziger Dampfboot" erscheint
täglich Nachmittags 5 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition
Portechaisengasse No. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten
pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1862.

32ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfge.,
werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: A. Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Bür.
In Breslau: Louis Stangen.
In Leipzig: Heinrich Hübner, Buchhändler.
In Hamburg-Altona, Frankfurt a./M. Haasenstein&Vogler.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots."

Kassel, Dienstag den 20. Mai.*)
Angekommen in Danzig 4 Uhr 35 Min. Nachm.

Gestern Abend fand unter dem Vorsitze des Kurfürsten eine Ministeral-Sitzung statt, um über das Ultimatum der Preußischen Regierung zu berathen, welche erst gegen 11 Uhr beendigt wurde. Es wurde beschlossen das Ultimatum abzuweisen. Der preußische Gesandte wird wahrscheinlich noch heute seine Abberufung anzeigen. [W. T. B.]

*) Bereits einem Theile unserer Leser in der gestrigen Nummer mitgetheilt.

Dresden, Dienstag 20. Mai, Nachmitt.
Das heutige „Dresdner Journal" enthält ein Telegramm aus Kassel, welches meldet, daß nachdem der Kurfürst von Hessen das Ultimatum Preußens auf Entlassung der Minister abgelehnt, der preußische Gesandte Herr v. Sydow die diplomatische Verbindung abgebrochen habe. Ein Gleiches werde der kurhessische Gesandte in Berlin, Herr v. Baumbach thun, der zurückberufen worden.

Wien, Dienstag, 20. Mai, Vormittags.
Der Finanz-Ausschuß des Abgeordnetenhauses hat in seiner gestrigen Plenarsitzung beschlossen, die Einkommensteuer für das Verwaltungsjahr 1862 auf 10 Prozent zu erhöhen.

Turin, Montag, 19. Mai.
Die Oesterreicher haben die Gardassee-Linie militairisch besetzt; bereits am 15. hatten dieselben Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Madrid, Montag, 19. Mai.
In der heutigen Sitzung der Cortes wurde der Antrag gestellt, dem Ministerium ein Tadels-Votum in Bezug auf sein Verhalten in der mexikanischen Sache auszusprechen. Das Ministerium bekämpfte diesen Antrag, sprach sich billigend über das allgemeine Verhalten des spanischen Bevollmächtigten aus und versprach Mittheilung darüber zu gelegener Zeit zu machen; in Folge dessen wurde der Antrag zurückgewiesen.

London, Dienstag, 20. Mai, Vormittags.
Die heutige „Morningpost" sagt, die Stellung, welche Frankreich in der mexikanischen Angelegenheit einnehme, sei eine Verletzung des Londoner Vertrages. Die „Morningpost" hofft, daß Napoleon das Unpassende seiner isolirten Handlung einsehen und das Expeditionscorps so bald als möglich zurückberufen werde.

Paris, 19. Mai.
Die beabsichtigte Salzsteuer ist zurückgezogen; statt dessen sollen Ermäßigungen in den Ausgaben eintreten, und zwar zum Belauf von 6 Millionen im Kriegs-Budget, zum Belauf von 5 Millionen bei der Marine und zum Belauf von einer Million im Budget des Ministeriums des Innern. Auch von der Abgabe von Facturen wird abgesehen.

— Die ministerielle „Epoca" von Madrid meldet: General Prim und die Engländer hätten erklärt, aus Mexico abziehen zu wollen, weil sie nicht beabsichtigten, den Franzosen mit den Waffen in der Hand Widerstand zu leisten, aber ebenso wenig einem Kampfe beiwohnen könnten, dem es an jedem Motive fehle. (H. N.)

Die Thronrede.

Wer ohne mit unsern Zuständen sonst bekannt zu sein, nur den vorliegenden Text der Thronrede zu Rathe ziehen wollte, der würde demnach wohl schwerlich zu dem Schlusse gelangen, daß zwischen der Regierung und Volksvertretung eine tiefwaltende Differenz vorhanden. Mit größter Sorgfalt scheint jede Wendung vermieden, welche irgend eine Gewißheit verrathen könnte; die Aufrechthaltung der Rechte der Krone wird zwar erwähnt, aber nur in Zusammenhang mit denen der Volksvertretung und erhält auch durchaus keine tendentiöse Betonung. Wenn man diese Sprache mit dem ersten Auftreten des Ministeriums, das eine so unglückliche Wirkung geübt, vergleicht, so läßt sich kaum ein ausgeprägterer Gegensatz denken. Man muß anerkennen, daß die Minister der öffentlichen Stimme ihr Ohr nicht verschließen; auch in der Reihe der angekündigten Vorlagen hat diese bei einer ganzen Anzahl von Punkten Gehör gefunden und sollte man aus der bisher gezeigten Bekehrungsfähigkeit schließen, so weiß man wirklich nicht, wie weit ihre Nachgiebigkeit noch gehen wird. Es bleibt nun die Frage, in wie fern es ihnen durch ein solches Verfahren gelingen wird, wirklich Vertrauen zu erwerben, den allgemein so ungünstigen Eindruck, den die Vorgänge bei der Entlassung des liberalen Ministeriums und der Auflösung des Abgeordnetenhauses hervorgerufen, zu verwischen. Daß nun durch einen solchen plötzlichen Wandel in den Ueberzeugungen das Urtheil über die Persönlichkeiten der Minister zunächst erheblich geändert werden wird, ist schwerlich zu erwarten, man wird sich eben in die Position des kühlen Zuwartens zurückziehen, und die Erfüllung der gegebenen Verheißungen, wenn auch nicht mit lebhaftem Dank doch auch ohne Widerwillen aus nicht beliebten Händen entgegennehmen. Es wird aber einer ganzen Reihe von Thaten bedürfen, um die Verstimmung, welche der Regierung im ganzen Lande entgegentreten, zu überwinden. Daß auch in diesem Falle das Verhältniß zwischen Ministerium und Volksvertretung ein recht warmes, wahrhaft förderndes werden könne, müssen wir noch stark bezweifeln. Man wird schon ganz zufrieden sein müssen, wenn beide nur leidlich mit einander leben. Zu einem solchen leidlichen Zusammenleben die Hand zu bieten, scheint uns nun aber auch im Interesse des Landes die dringende Pflicht des Abgeordnetenhauses. Es zeigt sich deutlich, man ist auf der einen Seite willens, jedem Conflict aus dem Wege zu gehen, da darf man nun auch auf der andern nicht absichtlich die Gelegenheit dazu suchen. Die Vergangenheit der Minister berechtigt zu einer sorgfältigen, selbst argwöhnischen Ueberwachung der Rechte der Volksvertretung, aber eben sowenig darf sie sich zum geringsten Uebergriff verleiten lassen, vielmehr, was in ihren Kräften steht, dazu beitragen, die Session endlich einmal zu einer für das Wohl des Landes wahrhaft fruchtbaren zu machen. Dann können wir hoffen, über die Krisis, die unser junges Verfassungsleben zu bedrohen schien, noch glücklich genug hinweg gekommen zu sein.

Landtag.

Dienstag, den 20. Mai.

— In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde zum Vice-Präsidenten gewählt Hr. v. Frankenberg-Ludwigsdorf mit 63 unter 125 Stimmen.

Rundschau.

Berlin, 20. Mai.

— Der „Kreuzzeitung zufolge sollen auch Oesterreicher in Kurhessen einrücken.

— Der Finanzminister v. d. Heydt, welcher seither das Handelsministerium noch interimistisch verwaltete, verabschiedete sich heute Vormittags in herzlicher Weise von den Directoren, Räthen 2c. dieses Ministeriums und führte alsdann den bisherigen Regierungs-Vicepräsidenten zu Münster von Holzbrinck als den neuen Handelsminister ein, welcher sich darauf die sämmtlichen Herren vorstellen ließ.

— Die „B. B. Z." schreibt: Der interimistische Vorsitzende des Staatsministeriums, Prinz Hohenlohe, hat seine Entlassung eingereicht. Der Prinz hatte den Vorsitz im Staats-Ministerium nur auf drei Monate übernommen und sich in seinem Entlassungsgesuche darauf gestützt. Eine Entscheidung ist noch nicht erfolgt.

— Nach einer neuerdings erlassenen Anordnung des Hrn. v. d. Heydt soll, wie die „B. B. Z." wissen will, von jetzt an ein großer Theil — man spricht von zwei Dritteln — der höheren Postbeamten, besonders der Postdirektoren, aus dem Stande der pensionirten Offiziere genommen werden, damit auf diese Weise der Militärpensionsfonds erleichtert, resp. für andere Zwecke verwendbar gemacht werde.

— Die Universität beging um 12 Uhr ihre Feier zu Ehren Fichte's, der bekanntlich ihr Mitglied war. Trendelenburg's treffliche Festrede, welche unter Anderem nachdrücklich hervorhob, daß von Fichte, dem ersten Rector der Berliner Universität, ihr die Pflicht hinterlassen worden sei, die Unabhängigkeit der Gesinnung zu wahren, wird hoffentlich bald einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz war zugegen und sprach dem Festredner seine Anerkennung aus. Die Feier machte den würdigsten Eindruck.

— In Folge einer Kabinetsordre des Königs ist die Abhaltung der halbjährlichen Kotrolversammlungen für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche in letzterer Zeit nur an Wochentagen stattfinden durften, von jetzt ab auch ausnahmsweise wieder an Sonntagen gestattet worden.

Leipzig, 16. Mai. Man kann sich in gewissen Kreisen, wie es scheint, noch immer nicht zufrieden geben über die Entschiedenheit und Offenheit, mit welcher die sächsische Staatsregierung sich für den Zutritt zum preußisch-französischen Handelsvertrag ausgesprochen hat, und glaubt zu allerhand künstlichen Interpretationsmitteln greifen zu müssen, um sich Etwas zu erklären, das an sich so selbstverständlich ist, sobald man nur den einzig richtigen Standpunkt der Beurtheilung nicht geflissentlich übersieht. Da mußte die „Preußenfeindlichkeit" des Herrn v. Beust vorhalten, um sein jetziges Benehmen unbegreiflich zu finden, da mußte der Stern dieses Staatsmannes im Erbleichen sein, um dem neu aufgehenden Gestirn des Finanzministers v. Friesen die Bahn zu räumen, da mußte eine „Schwenkung" der sächsischen Politik zur Verbrüderung mit Preußen vorgegangen sein, und was sonst noch wohl oder übel zusammenconjecturirt worden ist. Und das Alles ist doch nichts als eitles Geschwätz und zerstiebt vor der einfachen Wahrheit, daß die sächsische Regierung nicht von politischen Liebhabereien und Tendenzen, sondern allein von der strengen Rücksicht auf das Interesse des sächsischen Handels und der sächsischen Industrie sich hat leiten lassen, als sie dem Handelsvertrag ihre volle Zustimmung gab. Sie hat diese ihre Haltung übrigens auch dem Lande oder vielmehr der Minorität der Gegner des Vertrags gegenüber bereits glänzend gerechtfertigt, und man wird nicht übertreiben, wenn man die dieses Thema behandelnden Artikel des amtlichen „Dresd. J." zu dem Besten zählt, was in dieser Richtung von der Presse geliefert worden. Der siegreichen Kraft der Gründe, durch welche die Regierung ihr Benehmen hat bestimmen lassen, ist es wohl auch zuzuschreiben, daß, soweit wir bis jetzt uns informiren

konnten, in Sachsen nirgends auch nur der Versuch gemacht worden ist, dieselben öffentlich zu widerlegen. Herr v. Beust hat in den letzten Tagen mehrere industrielle Bezirke bereist, um sich mit hervorragenden Vertretern des Handels und der Industrie in persönliches Einvernehmen zu setzen, und es wird ihm ein der Regierung günstiger Einfluß auf die erwähnten Herren wohl um so weniger entgegen sein, als im Lager der Schutzzöllner durchaus keine Einigkeit herrscht und am allerwenigsten ein festes Auftreten für Principien von dieser Seite her erwartet werden dürfe. Unter solchen Umständen ist kaum zu zweifeln, daß der Handelsvertrag in beiden Kammern des Landtags zur Annahme gelangen wird.

— Man forscht jetzt, wie einige Zeitungen melden, dem Verbreiter des falschen Gerüchts von einem plötzlichen Tode des Ministers v. d. Heydt nach und sucht ihn im Bereiche der Börsenspekulation.

Erfurt, 16. Mai. In unsrer Gegend und insbesondere in unsrer Stadt, als einem der geräumigsten Waffenplätze, werden Vorbereitungen für die Koncentration des 4. Armeekorps getroffen, während das 7. bei Höxter und Paderborn zusammengezogen wird.

Von der Weser, 17. Mai. Die Truppen des westphälischen Armeekorps sind zum Abmarsch an die hessische Grenze fertig. Die noch fehlenden Artilleriegespanne, Reservemannschaften und Offiziere befinden sich bereits bei den Linien-Regimentern. Von Minden aus ist dem Vernehmen nach der bekannte Oberregierungsrath Freiherr v. Schlotheim, Schwiegersohn des kurfürstlich hessischen General-Lieutenants v. Haynau, an die hessische Grenze abgegangen, um dort auf höheren Befehl als Civilcommissarius den Ausmarsch der Truppen vorzubereiten. Man vermuthet, daß seine nahen Beziehungen zu dem Kasseler Hofe nicht ohne Einfluß auf die weiteren Ziele seiner Reise bleiben dürften. — Die Aufregung über die dem preußischen Staate in Kassel zugefügten neuen Insulte ist an der westphälischen Grenze nicht minder groß, als das Vertrauen, daß Preußens ritterlicher König dem ernsten Worte die ernste That zur rechten Stunde folgen lassen werde.

Stuttgart, 17. Mai. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten, der wohl bald eine Vertagung folgen dürfte, zeichnete sich durch ungemeine Reichhaltigkeit an eingelaufenen Eingaben, Motionen und Interpellationen aus. Zum ersten Male in dieser Session waren die Minister anwesend und zwar die des Auswärtigen, der Justiz, des Innern und der Finanzen. Der Minister der Justiz legt einen Gesetzentwurf vor, wodurch das Alter der Volljährigkeit von 25 auf 24 herabgesetzt wird, der des Innern einen Gesetzentwurf, wodurch Ausländer bei Erwerbung und dem Besitz liegender Güter den Inländern gleichgestellt werden. Bei Postabgang beantwortet Minister v. Hügel Mittnachts Interpellation in der kurhessischen Frage dahin, daß Württemberg entgegen den Behauptungen preußischer Blätter stets auf eine versöhnliche Lösung hingewirkt und auch bei dem letzten Bundesbeschlusse dem österreichisch-preußischen Antrage, der der württembergischen Regierung sehr willkommen gewesen, beigestimmt habe. Ueberhaupt wäre die Sache längst auf für Regierung und Volk von Hessen befriedigende Weise erledigt, wenn dem Rathe Württembergs Gehör geschenkt worden wäre. Auch für Wiederherstellung des Wahlgesetzes von 1849 sei die württembergische Regierung vorbehältlich der gebotenen Aenderung.

Wien. Die bereits telegraphisch erwähnte halboffizielle Auslassung der „Wiener Zeitung" über die Mission des Generals Willisen lautet vollständig wie folgt:

„Als Beitrag zur Beurtheilung der nunmehr so kritisch gewordenen Lage des kurhessischen Verfassungsstreites können wir die nachstehenden authentischen Daten mittheilen. Am 8. d. Mts. ertheilte das wiener Cabinet, auf Grund einer Verabredung mit Preußen, dem kaiserlichen Bundes-Präsidialgesandten durch den Telegraphen den Auftrag, eine außerordentliche Sitzung auf Sonnabend den 10. anzuberaumen, und gemeinschaftlich mit Herrn v. Usedom den Antrag zu stellen, daß die kurfürstlich hessische Regierung um Sistirung des von ihr angeordneten Wahlverfahrens ersucht werden möge. Gleichzeitig wurden die kaiserlichen Gesandten an den deutschen Höfen angewiesen, sich angelegentlich für die unverweilte Annahme dieses Antrages zu verwenden. Noch im Laufe des 9. trafen mehrfache zustimmende Erklärungen hier ein, und als der Antrag in der Sitzung vom 10. wirklich gestellt wurde, pflichtete eine bedeutende Majorität demselben bei. Nur aus dem Grunde, weil der kurfürstliche Gesandte von dem geschäftsordnungsmäßigen Rechte Gebrauch machte, einen Aufschub der Beschlußfassung zu verlangen, konnte der Beschluß nicht schon in der Sitzung vom 10. erfolgen, der kaiserliche Präsidialgesandte erklärte aber sofort, daß er behufs der Abstimmung eine neue außerordentliche Sitzung auf den 13. anberaumen werde. — Als der königl. preuß. Generallieutenant von Willisen am 11. Abends Berlin verließ, stand daher schon vollkommen fest, daß die deutsche Bundesversammlung am 13. das Ersuchen um Einstellung des Wahlverfahrens mit großer Stimmenmehrheit beschließen würde, wie dies in der That geschehen ist. Unter diesen Umständen konnte die Sendung des Generals nur als ein Schritt zur Unterstützung des bevorstehenden Bundesbeschlusses erscheinen, und es war daher diesem Schritte die nachdrücklichste Mitwirkung des kaiserlich österreichischen Hofes im Voraus erworben. Ohne Zweifel wird das durch den moralischen Einfluß der beiden deutschen Großmächte verstärkte Gewicht des Bundesbeschlusses vollkommen hinreichen, um diese Angelegenheit ohne irgend eine Gefährdung der inneren Ruhe Deutschlands in das richtige Geleise zu bringen.

Von der italienischen Grenze, 15. Mai. Die Presse ist fortwährend mit Berichten über die Reise und die Erlebnisse des Königs gefüllt. So z. B. erfahren wir, daß der Syndikus von Salerno, nachdem er heilig versichert, daß die Bevölkerung den letzten Heller für den König und das Vaterland opfern werde, die naive Frage an Victor Emanuel stellte: Sire, werden wir bald nach Rom gehen? „Ja, war die Antwort; wenn Ihr Alle es wünscht dahin zu gehen, so bin ich dazu gezwungen; ich muß dahin, weil ich es geschworen habe." So liest man im „Giornale di Napoli" vom 10. d. — Die bei dem König eingereichten Petitionen sollen die Zahl von 100,000 bereits überschritten haben. Der König und die Minister werden nur einen Theil befriedigen können; indessen bleibt doch unter allen Umständen ein großer moralischer Vortheil von der Reise zurück: der Glaube an die nationale Einheit ist neu belebt worden, eben so der Enthusiasmus für den König. Der wohlthätige Einfluß, den Victor Emanuel an allen Punkten, die er besuchte, ausübt, wird in immer größeren Kreisen und Entfernungen sich verbreiten. — Von Genua aus wird ein Aufruf mehrerer Mitglieder der Emancipationsgesellschaft (Garibaldi an der Spitze) eingesandt, welcher in Rom verbreitet und angeschlagen gewesen sein soll.

Turin, 13. Mai. Die Truppen-Zusammenziehungen Oesterreichs an der lombardischen Grenze regen hier, wenn auch nicht in den höheren Kreisen, so doch in den bürgerlichen auf, weil man Oesterreich nicht traut und auch fürchtet, daß Drohungen von dieser Seite her die Actionspartei wieder obenauf zu bringen vermöchten. Einiges Aufsehen erregt die heute von der „Opinione" veröffentlichte Proclamation des Ausschusses der Emancipations-Gesellschaft (des ehemaligen Central-Provvedimento-Comités) an die Römer. Darin heißt es: „Ahmet das Beispiel Mailands in seiner Haltung gegen die Oesterreicher nach; zwischen Euch und den Vertheidigern der Priester erhebt sich die Mauer des Hasses, den ihr gegen Eure Unterdrücker hegt." Daß die Fortschrittspartei in dieser Art die Franzosen in Rom mit den Oesterreichern in Mailand zusammenstellt, fällt zwar Niemandem auf; aber Garibaldi, als Präsident des Comités, steht an der Spitze der Unterzeichner, und das erregt bei Manchen Bedenken. Die „Italie" möchte sogar die Echtheit des Actenstückes in Zweifel ziehen, wozu keine Gründe vorliegen; möglicher Weise aber hat ein Ausschuß-Mitglied in Genua den Namen Garibaldi's ohne sein Wissen unter das Document gesetzt.

Paris, 16. Mai. Das „Journal des Debats", das „Siecle", die „Presse" und die „Patrie" sprechen sich für das gute Recht des hessischen Volkes und für die preußische Intervention aus.

— Das Verbot des großartigen Aktienunternehmens von 200 Millionen für unbekannte Zwecke, durch welches Hr. Mirès sich wieder in die Finanzwelt einzuführen sucht, hat trotz der zarten Form, in welcher der „Moniteur" dasselbe anzeigt, einen solchen Eindruck gemacht, daß der Verwaltungsrath der Bank von Frankreich sich bewogen gefunden hat, Herrn Mirès sein Conto zu entziehen. Herr Mirès hat sich denn auch veranlaßt gesehen, in einem von den heutigen Blättern veröffentlichten Schreiben auf sein Aktienunternehmen gänzlich Verzicht zu leisten. Auch soll er bereits seine Bureaux in der Rue Richelieu geschlossen haben.

London, 16. Mai. Die „Times" ist sehr ärgerlich über die Einnahme von New-Orleans und wirft den conföderirten Generalen große Fahrlässigkeit vor. Selbst wenn es, sagt sie, dem Heere des General Levell, das jetzt sicher und harmlos 78 engl. Meilen von New-Orleans dasteht, gelingen sollte, zum Heere des Generals Beauregard zu stoßen, so kann es doch nie den Verlust wieder gut machen, welchen die Sache des Südens durch die Einnahme von New-Orleans erlitten hat, und der ohne Schwertstreich erfolgte Fall einer großen Stadt und die Ueberfluthung eines wichtigen Staates durch den Feind ist keineswegs geeignet, das Heer zu ermuthigen, welches dem General Halleck mit seinen 160,000 Mann gegenübersteht.

— Der conservative „Morning Herald" beklagt es, daß der Adel in Preußen so unpopulair und keine Aussicht dafür sei, daß dieser, wie es seine Stellung erheische, als Vermittler in dem jetzigen Zerwürfniß zwischen Krone und Volk auftreten könne. — „Daily News" fürchtet, daß während der letzten Debatte im österreichischen Reichraths Metternich und Schwarzenberg sich im Grabe umgedreht haben müssen. Und dennoch, fügt sie hinzu, war Graf Rechberg's Erklärung über die künftige auswärtige Politik des Kaiserreichs nicht angethan, dem erschütterten Credit desselben aufzuhelfen. Bedenkt man, daß Venetien, selbst als geographischer Begriff, zu Italien gehört, daß Oesterreich nie einen so klaren Rechtsanspruch auf seinen Besitz wie selbst auf den der Lombardei hatte, daß Italien entschlossen ist, seine Einheit, wo möglich durch friedliche Unterhandlung, wo nicht, durch das Schwert zu vervollständigen — so ist die Erklärung, Venetien bis auf den letzten Mann behaupten zu wollen, eine Kriegserklärung für die nahe oder fernere Zukunft.

— Die „Times", die in ihrem Urtheile über die mexicanische Expedition sehr starke Schwenkungen durchgemacht hat, ist jetzt mit dem Entschluß der Regierung, ihre Hände in Unschuld zu waschen, vollkommen einverstanden. Sie ist sogar der Meinung, daß die englische Regierung klüger gethan hätte, das Expeditionsspiel gar nicht zu beginnen und lieber die Hälfte des Geldes, welches die Expedition gekostet hat, den mexicanischen Gläubigern in die Hand zu stecken. „Wir wissen nicht", sagt sie, „was für Lorbeern wir geerntet haben, oder was für Schätze wir heimbringen, nur zu gewiß aber sind die Verluste, die uns das gelbe Fieber zugefügt hat. Auch Spanien hat wohlgethan, sich vom mexikanischen Boden zurückzuziehen." — „Frankreich", fährt sie dann fort, „steht nun allein auf dem mexikanischen Festlande, auf jener Hochebene, die von der Natur geschaffen scheint, das östliche und westliche Weltmeer zu beherrschen. Für Nationen, die von dem Wunsche beseelt sind, ihr Gebiet zu vergrößern und schwächere Racen ihrer Herrschaft zu unterwerfen, kann keine Eroberung verlockender sein, als die von Mexiko. Es hat dies längst aufgehört, Englands Politik zu sein; aber Frankreich hat jene Periode in der Laufbahn der Völker noch nicht überlebt, wo sie ihre Thatkraft am liebsten in auswärtiger Eroberung zu entwickeln suchen. Wir für unser Theil haben dagegen nichts einzuwenden. Die große und intelligente französische Nation muß selbst am besten wissen, wo sie Ruhm und Wohlfahrt zu suchen hat. Frankreich hat einen unbezweifelten casus belli gegen Mexiko, den es ohne Verstoß gegen das Völkerrecht bis zu seiner letzten Consequenz geltend machen kann. Die Zeitumstände sind insofern günstig, als die Anglo-Amerikaner, von ihrem innern Streit in Anspruch genommen, nichts thun können, um die Festsetzung des furchtbarsten Nachbars, den sie an ihrer Grenze haben könnten, zu verhindern. Spanien wird scheel sehen, ist aber nicht mächtig genug, um sein Mißvergnügen in Thaten zu übersetzen. England allein hätte die Macht, den auswärtigen Unternehmungen Frankreichs in den Weg zu treten. Ohne Zweifel werden die französischen Zeitungen bald mit Spekulationen über den Neid des perfiden Albions angefüllt sein; und anderseits werden die amerikanischen Blätter des Nordens, wie des Südens, uns die schlimmsten Beweggründe unterschieben, weil wir die Franzosen gewähren lassen. Was die französische Nation betrifft, so können wir aufrichtig versichern, daß wir ihre Besetzung Merikos, gleichviel unter was für Bedingungen sie stattfinde, ohne einen Schatten von Eifersucht oder Uebelwollen ansehen, und daß das Gelingen derselben uns freuen wird. Für Mexico selbst wäre eine französische Besetzung eine fast ungetrübte Wohlthat. Zum ersten Male seit 40 Jahren gäbe es dort wieder einen gewissen Grad von Sicherheit für Leben und Eigenthum, für Handhabung der Gerechtigkeit, für Straßenbau und Gewerbefleiß. Frankreich kann dort dauerhaftere Eroberungen machen, als an seiner belgischen oder deutschen Grenze. Wir können nicht so heuchlerisch sein, um über die Unterjochung eines Volkes zu trauern, wie das mexikanische, welches von seiner Unreife für die einst erstrebte Freiheit alle erdenklichen Beweise geliefert hat, noch wünschen wir, daß, während uns das Loos beschieden war, einen Gürtel von Colonien und Eroberungen um die Erde zu schlingen, die Franzosen sich ewig in die engen Grenzen ihres Landes eingeschränkt sehen sollen, wenn dieses auch das schönste in Europa sein mag. Aber, wenn Frankreich diese Laufbahn betreten will, so muß es sich auf viele und schwere Opfer gefaßt machen. Hat es sie einmal betreten, so wird es nicht so leicht wieder zurück können."

Kopenhagen, 17. Mai. Während das Gespräch sich noch lebhaft mit der Frage beschäftigt, ob die deutsch-dänische Sache ohne Gefahr für Dänemarks Interessen von einem europäischen Congreß behandelt werden könne und fast alle Blätter Artikel darüber gebracht haben, spricht sich das Blatt „Danmark" heute in einem zweiten Artikel in einer Weise aus, welche fast nicht daran zweifeln lassen, daß man regierungsseitig die Eventualität eines solchen Congresses ernstlich ins Auge faßt. Das Blatt tritt der von „Fädrelandet" übertrieben dargestellten Ansicht, die Sache einem Congreß zu übergeben, sei eine Falliterklärung, entgegen und führt an, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine solche Abmachung günstig sei, wenn auch Gefahr vorhanden, daß die europäischen Mächte das Zweckmäßige dem was Recht sei voranstellen würden, daß sie jedoch die betreffende Sache in einem der correcten Auffassung entsprechenden Lichte kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hätten

und deshalb Dänemarks Vorstellungen Gehör geben würden. Einen Staatscoup weder könne noch wolle das Ministerium vollziehen; Schleswig zu inkorporiren, Holstein auszusondern, durch offene Briefe oder dergl., wie die skandinavische Eiderpartei verlange, gehe schon darum nicht, weil die repräsentativen Versammlungen, der Reichsrath, der Reichstag, die Holsteinische und Schleswigsche Stände-Versammlung dabei ein Wort mitzureden haben würden ꝛc. Dagegen scheint dem Blatte „Norden" den Krieg einem Congresse vorzuziehen, ja das einzige noch Uebrige zu sein. Man solle ein offenes Eiderprogramm vor der ganzen Welt annehmen, dadurch die dänische Sache zur Sache des ganzen Nordens machen und so die große Thatsache vorbereiten, daß Dänemark mit dem übrigen Norden zu einem mächtigen dreifaltigen Nationalleben vereinigt sei.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 21. Mai.

[Stadtverordneten-Sitzung am 20. Mai.] Vorsitzender: Herr Justiz-Rath Walter, Magistrats-Commissarius: Hr. Stadt-Rath Dodenhoff. Anwesend 42 Mitglieder. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Zu Mit-Redactoren des neuen Protokolls werden die Herren Bode, Braune und Breitenbach ernannt. Vor der Tagesordnung ergreift Herr Jebens das Wort und stellt folgenden Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei der hiesigen Commandantur dahin zu wirken, daß die Communicationswege auf den Festungswällen dem Publicum ferner in derselben Weise zur Benutzung überlassen werden, wie bisher dies in der Zeit von 44 Jahren geschehen." Herr Jebens begründet seinen Antrag dadurch, daß er vorgestern Abend von einem Spaziergange durch das Leege Thor in die Stadt zurückkehrend, gesehen, wie mehrere Arbeiter, welche nach des Tages Last gerne die angenehme Promenade über den Wall zu ihrem Heimwege benutzt hätten, dieselbe schon verschlossen gefunden, obgleich es noch nicht 7 Uhr war. Die Dringlichkeit des Antrags wird von der Versammlung anerkannt und derselbe sofort zum Beschluß erhoben. Es ergreift ferner Herr F. W. Krüger vor der Tagesordnung das Wort, und stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung in der nächsten Sitzung darüber Auskunft ertheilen zu lassen, was zur Ausführung des von ihr gefaßten Beschlusses in Betreff der Reparatur des Oberförsterhauses in Steegen geschehen. Dieser Antrag wird ebenfalls als ein dringlicher anerkannt und zum Beschluß erhoben. Hierauf wird von dem Herrn Vorsitzenden der Entwurf eines Schreibens an Se. Excellenz den Herrn Handels-Minister mitgetheilt, welches, von dem Magistrat und den Stadt-Verordneten unterzeichnet, den Zweck hat, dem Herrn Minister die Erweiterung und Verbesserung des Hafens von Neufahrwasser zu empfehlen. Es heißt u. A. in dem Schreiben, daß der erfreuliche Aufschwung, welchen der Handel Danzig's seit einiger Zeit genommen, die Mängel des Hafens nur um so fühlbarer habe hervortreten lassen. Beim Beginn der Schiffahrt in diesem Jahre sei der Hafen binnen wenigen Tagen von Schiffen überfüllt worden. Dann habe man wohl oft 70 bis 80 Schiffen den Eingang versagen müssen. Nicht der Größe des Unglücks bei aufsteigenden Stürmen zu gedenken, wolle man nur daran erinnern, daß der gute Ruf einer Handelsstadt nicht gefährdet werden dürfe. Den Aufschwung, welchen der Handel Danzig's genommen, sei kein vorübergehender oder zufälliger, sondern er sei begründet in der geographischen Lage der Stadt und in der immer mehr erwachenden Gewerbethätigkeit ihrer Bewohner. Die Erweiterung und Verbesserung des Hafens sei deßhalb eine durch die Verhältnisse gebotene Nothwendigkeit. Die Versammlung scheint mit dem Inhalt des Entwurfs, der den Eindruck einer sehr tactvollen Abfassung machte, vollkommen zufrieden zu sein. Indessen erhebt sich von verschiedenen Seiten Bedenken über die Form. Es tritt aber nach einer etwas ausgedehnten Debatte, in welcher sich die Herren Rosenstein, Lévin, Goldschmidt, Liebert, Biber und Breitenbach betheiligen, Uebereinstimmung ein, und es wird beschlossen, das Schreiben, so wie es vorliegt, mit einer Aenderung in der Form des Eingangs sobald wie möglich abzusenden. Ferner theilt der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Rechts-Anwalt Roepell mit, in welchem derselbe mittheilt, daß er durch seine Thätigkeit im Abgeordneten-Hause verhindert sei, seiner Verpflichtung in den Stadtverordneten-Sitzungen in nächster Zeit nachzukommen. Es beginnt die Tagesordnung. Zuerst theilt der Vorsitzende mit, daß mehrere Dankschreiben an die Versammlung eingegangen seien. Sodann werden mehrere Urlaubsgesuche bewilligt. Hierauf wird mitgetheilt, daß der Revisions-Bericht der Gasanstalt und ebenso der des Leihamts im Bureau ausgelegt sei. Wie sich aus dem letztgenannten ergiebt, sind die Summen, welche für Pfänder ausgegeben werden, im fortwährenden Steigen begriffen. Während im Monat März die beim städtischen Leihamt entliehene Summe für eingebrachte Pfänder 67,471 Thlr. betrug, stieg sie mit dem April auf 69,833 Thlr. — Es erfolgt hierauf die Neuwahl eines Stadtraths an Stelle des ausgeschiedenen Herrn von Frantzius durch Stimmzettel. Von den aufgestellten Candidaten, unter denen sich die Herren Cäsar Gamm, Roloff, Carl Hahn, C. H. Zimmermann, Momber, Gerlach, D. Steffens u. s. w. befinden, wird Herr Carl Hahn durch absolute Stimmenmehrheit gewählt. (Schl. folgt.)

— Gestern Nachmittag ist eine auf der „Przerabka" am Troyl stehende Holzbude, in welcher der jüdische Händler Weitzensand aus Polen logirte, gänzlich abgebrannt. Man vermuthet, daß von den polnischen Flößern, die hinter der Bude ihr Mittagessen gekocht, das Feuer nicht vollständig ausgelöscht worden ist, welches durch den starken östlichen Wind wieder angefacht wurde. Obgleich viele Arbeiter bei der Hand waren, um das Feuer zu löschen und die Bude niederzureißen, so sind doch dem Besitzer derselben mehrere Pläne und andere Sachen verbrannt.

Marienwerder, 18. Mai. Seitdem das Danziger Theater hier gastirt und der Mai uns mit seinem Blüthenschnee überschüttet, schwelgen wir in Natur- und Kunstgenüssen, in Mailuft und Frühconcerten, in Nachtigallenschlag und Waldesgrün, in Schauspiel und Oper. Die Theater-Capelle ist ganz vortrefflich und concertirt im Schützengarten, in Liebenthal und in der Ziegelscheune. Das Opernpersonal wird den Ansprüchen, die man an eine Provinzialbühne machen kann, vollkommen gerecht, und Sänger wie Fr. Hain-Schnaidtinger und Hr. Fischer-Achten und eine Schauspielerin wie Frau Dibbern würden auch größern Bühnen zur Zierde gereichen. Das Repertoir ist vielseitig, das Drama von der classischen Tragödie bis zur modernen Novität, die Oper von Mozart bis Gounod vertreten, für jeden Geschmack Etwas und nicht selten mehr als Etwas. Die beliebteste Künstlerin ist unstreitig Fr. Dibbern selbst.

— Nachdem mehrere Lehrer die Friedrichsschule verlassen haben, sind jetzt fünf Vacanzen zu vergeben. Die Stadtverordneten haben für die drei ersten Lehrerstellen resp. 700, 600 und 500 Thlr. bewilligt, so daß mit dem Beginn des neuen Schuljahres eine Secunda hinzugefügt werden kann und die Erhebung der Anstalt zu einer Realschule zweiter Ordnung möglich wird. Das Schulwesen der Stadt hat einen schnellen, vielleicht einen zu schnellen Aufschwung genommen; Gebäude und Klassen sind reichlich vorhanden, nur die Lehrer fehlen und fliegen aus und ein wie in einen Taubenschlag, und diejenigen, die in letzter Zeit abgegangen sind, gehörten zu den tüchtigsten. Der Veteran der städtischen Lehrer, Hermann sen., hat sein 50jähriges Jubiläum nicht lange überlebt, er ist gestern zu einem bessern Leben entschlafen.

Graudenz, 19. Mai. Fichte's hundertjähriges Geburtsfest wird heute von dem hiesigen Hanwerkerverein durch Gesang, Prolog und Rede gefeiert.

Elbing. Der Pfarrer Berg aus Saulien in Pommern hat die auf ihn gefallene Wahl als 2. Prediger an der St. Annen-Kirche abgelehnt und ist an dessen Stelle der Hr. Rektor Dr. Wolsborn aus Graudenz gewählt worden.

Königsberg. Die Sonntag früh eröffnete und Montag Abend geschlossene Frühlings-Ausstellung des Gartenvereins war eine im Allgemeinen sehr mäßig beschickte. Von unseren Handelsgärtnern hatte sich eine verhältnißmäßig sehr winzige Anzahl betheiligt. Dagegen hatten selbst Auswärtige durch Einsendungen dargethan, wie unsere Ausstellungen auch weiter hinaus Beachtung finden. Diese fremden Aussteller waren, Handelsgärtner Rathke aus Danzig und Gärtner Hecht (von Simpson-Georgenburg). Ersterer erhielt für die ausgestellten 6 Sorten Azaleen eine Prämie von 1 Dukaten.

— Sowohl bei dem Verleger wie in dem Redaktionslokale der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" hat eine Haussuchung nach Manuscript in Sachen der protestirenden Insterburger Richter stattgefunden.

Bromberg. Fichte's 100jähriger Geburtstag wurde am 19. in dem hiesigen Gymnasium durch einen Redeactus gefeiert. Nach zwei Vorträgen von Primanern, von denen der eine die Lebensschicksale des Philosophen, der andere die patriotischen Bestrebungen desselben zum Gegenstande hatte, folgte die Festrede des Directors, welcher Fichte in seiner Bedeutung als sittlich religiöse Persönlichkeit darstellte. Zwischen je zwei Vorträgen so wie zum Anfange und zum Schlusse derselben waren Musikaufführungen eingelegt.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung vom 19. Mai cr.

Präsident: Hr. Ger.-Dir. Schaller aus Carthaus. Auf der Anklagebank sitzt ein junger Mann, seinen fein geformten Gesichtszügen nach offenbar zu den höheren Ständen gehörig, Namens Cremers, ein Rheinländer aus Rheydt. Derselbe bekennt offen seine Verbrechen. Er hat Geld, das ihm für eine Quantität von aus der Handlung seiner Prinzipale Mettenmeyer u. Heintzenberg entnommene Kohlen ausgezahlt worden, unterschlagen; die darüber ausgeschriebene Rechnung eigenhändig mit der Unterschrift seiner Prinzipale quittirt, ferner eine Summe Geldes, welche ihm als Lehrling monatweise zur Entrichtung des Porto für die täglich von der Post abzuholenden Briefe seiner Prinzipale eingehändigt worden, für seinen eigenen Gebrauch eingezogen und schließlich einen an den einen seiner Prinzipale gerichteten Geldbrief nicht unbedeutenden Betrages, welchen er auf der Post für den Adressaten gegen Fälschung des Namens desselben auf den Postschein abholte, geöffnet und hatte sich mit sämmtlichen dieser Summen auf die Flucht begeben. Hier in Danzig wurde er auf Veranlassung seiner Handlung auf einem Schiffe gefaßt und stand so wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung vor den Schranken des Schwurgerichtshofes. Bei dem Geständnisse des Angeklagten konnte lediglich in Zweifel gezogen werden, ob sein Vergehen hinsichts des Geldbriefes als Diebstahl gemäß §. 215, 219 St.-G.-B. oder als Unterschlagung nach §. 225 l. c. angesehen und bestraft werden mußte. Cremers führte nämlich an, daß er den Geldbrief einige Zeit vor seiner Flucht bereits von der Post abgeholt, da der Adressat verreist gewesen, in eine zur Aufbewahrung von Briefen der Handlung bestimmte Schieblade des Comtoirpultes gelegt, und erst bei dem Antritte der Flucht aus der Schieblade mit sich genommen habe. In Uebereinstimmung mit mehreren Entscheidungen des Obertribunals (vom 10. Sept. 1858, 17. Octbr. 1860 u. a.) ward indeß, da die Schieblade lediglich von Cremers und zwar nur für die Briefe der Handlung selbst zum Aufbewahrungsorte designirt worden, angenommen, der Brief sei noch nicht in die Gewahrsam des Adressaten übergegangen gewesen, sondern noch in der Verwahrung des Cremers Behufs Rückgabe an den Adressaten verblieben; deshalb lag Unterschlagung vor und ward Cremers sonach wegen Urkundenfälschung und mehrfacher Unterschlagung zu 4½ Monat Gefängniß verurtheilt. —

Dieselben Geschworenen, welche für den ersten Fall ausgeloost waren, verblieben, da von Seiten des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft kein Widerspruch dagegen erhoben wurde, gemäß Art. 68 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 auch für den folgenden Gerichtsfall in Funktion. Der Zimmergesell Röhr von hier hatte wiederholt für seinen Prinzipal Böttchermstr. Liedtke bei Bauten Nägel auf Grund von Bestellzetteln aus der hiesigen Eisenhandlung von Kühn geholt. Einst in Geldverlegenheit verkaufte er sie auf Grund eines von ihm gefälschten Bestellzettels auf der Tagnete hierselbst und stand so wegen wiederholter Unterschlagung und Urkundenfälschung auf der Anklagebank. Der Angekl. hatte den ganzen Vorgang eingestanden. Hiernach erschien es dem Gerichtshofe gemäß alien. I. des Art. 75 Ges. vom 3. Mai 1852 überflüssig, die Geschworenen zur Beurtheilung der Thatfrage zu veranlassen. Allein gemäß alien. IV. desselben Art. 75 machte der Vertreter der Staats-Anwaltschaft, Herr v. Strombeck, geltend, daß auf Anregung des Angeklagten resp. seines Vertheidigers Thatsachen hierbei in Frage kämen, welche die Minderung der gesetzlichen Strafe zur Folge haben würden; und da der hier einschlagende §. 227 u. 250 St.-G.-B. mildernde Umstände zulasse, er selbst jedoch das Platzgreifen dieser Milderungsgründe im vorliegenden Falle nicht bejahen könne, so beantragte er, daß die Geschworenen zur Entscheidung der Existenz von Milderungsgründen desfällig befragt würden. Diesen Gründen mußte der Gerichtshof willfahren. Die Geschworenen verneinten nach sehr kurzer Berathung die an sie gerichtete Frage und verurtheilte alsdann der Gerichtshof den Angeklagten mit Rücksicht auf seine Vorbestrafungen zu 2 Jahr 1 Monat Zuchthaushaft.

Schwurgerichts-Sitzung vom 20. Mai cr.

Verhandlung gegen den vielbestraften Arbeiter Claassen wegen des Anfangs Dezember pr. verübten Diebstahls beim Kleiderhändler Auerbach (Breitegasse). Die Anklage gegen Claassen gründete sich hauptsächlich darauf, daß durch die Aussagen des Auerbach und seiner Kinder festgestellt worden, ein Mann von der Statur und dem Gesichte des Claassen habe am Nachmittage jenes Tages, an welchem Abends der Diebstahl verübt worden, wiederholt innerhalb und außerhalb den Kleiderladen des Auerbach besichtigt, so wie, daß später einige Kleider des Auerbach, neu gebraucht, in der Wohnung der Schuhmacher Maibaum'schen Eheleute (Gr. Nonnengasse 7.), der Schlafstelle des Claassen, aufgefunden worden. Claassen hatte bis dahin den Diebstahl geleugnet, die Frau Maibaum, welche im Januar cr. in eben dieser Sache inhaftirt worden, mußte nach 4 Wochen wegen mangelnder Beweise wieder entlassen werden. In der gestrigen Verhandlung nunmehr unterbrach plötzlich der Angeklagte den Gang der Sache damit, daß er sich lediglich der Hehlerei, dagegen die Maibaum'schen Eheleute und den Schuhmacher Fabricius in der kl. Molde 936 wohnhaft, des Auerbachschen Diebstahls beschuldigte. Er will durch mehrere Zeugen beweisen, daß er an dem Abende des bestimmten Tages des Diebstahls durch eine Stichwunde verhindert worden sei, auszugehen. Damals sei dann die von ihm ausgespähte Gelegenheit durch den viel bestraften, berüchtigten Fabricius und die Maibaum's ausgeführt. Es hat diese Aussage um so mehr Wahrscheinlichkeit ihrer Richtigkeit, weil in einer andern gegen die Frau Maibaum eben wegen des Auerbachschen Kleiderdiebstahls beendigten Voruntersuchung dieselbe durch ihren Unwillen darüber, daß Fabricius noch frei umhergeht, getrieben, Andeutungen hat fallen lassen, daß sie mit Fabricius den ganzen Diebstahl bei Auerbach verübt habe.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Politische Gegensätze]. (Forts.) Es war durchaus nicht, erklärte Herr Bodenstein, meine Absicht gewesen, den Herrn Landrath in Bezug auf sein Amt oder irgendwie persönlich beleidigen zu wollen. Der Zusammenhang in der ganzen Angelegenheit ist ein eigenthümlicher. Bekannt ist, daß sich der Herr Landrath seit Jahren bei jeder Abgeordneten-Wahl um eine Kandidatur bemüht hat, um seinen politischen Ansichten im Abgeordnetenhause Geltung zu verschaffen. Ich habe seine Wahl stets für unheilvoll gehalten; ich habe denn auch die patriotische Pflicht gefühlt, auf das Unheilvolle einer solchen Wahl hinzuweisen; ich habe in dem Schreiben nur eine Kritik der projectirten Wahl geliefert. Trotz der Kritik trug es keinen öffentlichen Charakter; es war durchaus vertraulicher Natur. Daß es seinen Weg in die Oeffentlichkeit finden würde, konnte ich nicht erwarten. Was übrigens in dem Schreiben gegen den Herrn Landrath gesagt, ist nicht etwa nur meine Privatmeinung, sondern wird von dem größten Theil der Insassen des Kreises für Wahrheit gehalten. Die Handlungen des Herrn Landrath sind characterisirt durch seine politische Richtung. Den Beweis dafür liefern seine Bestrebungen gegen den jüdischen Schulzen Lewy in Löblau und die Affaire mit dem Lehrer Peters. Auch eine Aeußerung, die er im Jahre 1858 in einer Wahlversammlung zu Schönbaum über die liberalen Minister Schwerin und Auerswald gethan, ist in dieser Beziehung bezeichnend. Diese Herren, sagte er, würden nach 3 Monaten wieder dahin gehen, woher sie gekommen. In Betreff der im Kreise über den Herrn Landrath herrschenden Meinung möchte auch wohl Herr Glodde selbst keine Ausnahme machen. Als ich etwa am 14. Tage nach Absendung meines Briefes an diesen noch keine Antwort von ihm erhalten, begab ich mich persönlich zu ihm, um seine Meinung zu erfahren. Anfänglich suchte er zwar meinen Fragen auszuweichen. Später aber sagte er: „Daß es unwahr ist, was im

Briefe steht; kann ich nicht sagen." — Ich will mich nun speziell über die einzelnen Anklagepunkte auslassen. Der erste Punkt betrifft die Jagdangelegenheit. Es wird in demselben gesagt, daß ich dem Herrn Landrath den Vorwurf gemacht, er habe zwar den Buchstaben des Gesetzes befolgt, doch stets mit Absicht gegen den wahren Sinn desselben gehandelt. — So viel steht fest, daß derselbe gegen das neue Jagdgesetz einen unüberwindlichen Haß hat, weil es aus dem Jahre 1848 stammt. — Daraus sind denn auch manche Unannehmlichkeiten für die bäuerlichen Jagdberechtigten entstanden; ich will nur an die Verschleppung erinnern, welche die Ertheilung von Jagdscheinen erfahren. Als Beweis für die starre und strenge Anwendung des Jagdgesetzes von Seiten des Landraths liegen genug Thatsachen vor. Ich war und bin der Meinung, daß ein Mann, der nur den Buchstaben des Gesetzes in's Auge faßt, für die gesetzgeberische Thätigkeit, welche zur Aufgabe eines Abgeordneten gehört, unfähig ist; denn bei dieser handelt es sich um den Geist, der frei macht, und nicht um den Buchstaben. Der zweite Punkt betrifft die Einzahlung der Steuern. Früher war es Gebrauch im Kreise, daß an einem beliebigen Tage in der ersten Hälfte des Monats die Steuern bei der Kreiskasse eingezahlt werden durften. Das war mit mancher Bequemlichkeit für die betreffenden Einzahler verbunden. Herr von Brauchitsch hat nun aber die Einrichtung getroffen, daß an einem bestimmten Tage die Einzahlung geschehen muß. Ob nun Jemandem es durch Krankheit, schlechte Wege und ungünstige Witterung an diesem Tage erschwert wird, die Reise zur Kreiskasse zu machen, darauf wird keine Rücksicht genommen. Die Härte, mit welcher der Herr Landrath seine Anordnung in dieser Angelegenheit aufrecht erhält, steht mit dem Leben im völligen Widerspruch. Der dritte Punkt, welcher die Wegeangelegenheit betrifft, hat gleichfalls seinen Grund in einer nicht zu rechtfertigenden Härte des Herrn Landrath. Es ist im Stegener Werder vorgekommen, daß, um neue Wege anzulegen, Obstgärten niedergehauen, grüne Saaten zerstört und Teiche zugeschüttet werden mußten. Die getroffenen Maßregeln in dieser Beziehung standen in vielen Fällen mit der politischen Thätigkeit des Herrn Landrath in Verbindung und waren nicht durch eine sachliche Nothwendigkeit geboten. Man durfte sie wohl als ein Mittel ansehen, durch welches der Herr Landrath den Leuten zeigen wollte, in welchem Nachtheil sie sich befänden, wenn sie nicht auf seine politischen Intentionen eingingen. Ich selbst habe etwas Aehnliches erfahren. Im Frühjahr des vorigen Jahres, wo also schon die Zeit der neuen Abgeordneten-Wahlen herannahte, wurde mir durch eine landräthliche Verfügung aufgegeben, durch meine Besitzung einen Weg zu legen. Eine Nothwendigkeit des beabsichtigten Weges war unter der Bevölkerung nicht vorhanden; ich remonstrirte deßhalb wegen der benannten Verfügung bei der Königl. Regierung. In Folge dessen wurde dem Herrn Landrath von derselben aufgegeben, sein Verfahren gegen mich einzustellen. Mir wurde dann von diesem nach einigen Wochen der Bescheid ertheilt, daß er von seinem Verfahren gegen mich einstweilen Abstand genommen. Mit dem Worte „einstweilen" war deutlich genug gesagt, daß die Sache durch die Entscheidung der Königlichen Regierung noch nicht zum Abschluß gekommen, sondern noch als Schwert über meinem Haupte schwebe. Der vierte Punkt der Anklage wird besonders wegen des Wortes Antichrist scharf betont; ich habe mit diesem Worte keineswegs den „Gott sei bei uns!" gemeint; ich habe durch dieses Wort nur das Gegensätzliche auf dem politischen Gebiete auf das Schärfste hervorheben wollen. In Bezug auf den fünften Punkt der Anklage habe ich zu bemerken, daß meine Aeußerung nur der Bestrebung der feudalen Partei gilt, welcher der Herr Landrath angehört. Eine persönliche Beleidigung enthält dieselbe nicht. — Was den sechsten Punkt der Anklage betrifft, so weiß ich gleichfalls nicht, wie in dem angeführten Passus eine Beleidigung zu finden gewesen; ich habe in demselben nur ausgeführt, daß der Herr Landrath bei solchen Personen seine politische Thätigkeit angeknüpft, bei denen er Mangel an Einsicht vorausgesetzt. Der siebente Punkt der Anklage, welcher sich auf den Ausdruck „Trugnetz des Landraths stützt, ist in gleicher Weise unverfänglich, weil jener Ausdruck weiter nichts bedeutet als Irrthum. Jeder Mensch ist dem Irrthum ausgesetzt, und seine Pflicht ist es, sich und andere aus demselben zu befreien. In Bezug auf den letzten Punkt der Anklage habe ich weiter nichts zu sagen, als daß die darin erhobenen Vorwürfe keiner bestimmten Person, sondern einer ganzen Klasse der Gesellschaft gelten. Was übrigens den ganzen Inhalt des Briefes anbelangt; so kann der hohe Gerichtshof überzeugt sein, daß ich in demselben nichts gesagt, als was ich nach gründlicher Prüfung der Thatsachen und aus innerster Ueberzeugung sagen konnte. (Schluß folgt.)

Meteorologische Beobachtungen.

20	4	336,75	+ 15,8	O. frisch, hell u. wolkig.
21	8	334,61	13,6	do. schwach, hell u. bewölkt.
	12	334,27	16,4	SO. stark bewölkt.

Vermischtes.

*** Die japanischen Gesandten besuchten in Paris auch den zoologischen Garten, und zwar mit der an ihnen gewohnten phlegmatischen Gleichgiltigkeit. Unter andern zeigte man ihnen auch einige sogenannte japanische Hühner und erwartete ihr Urtheil über die Landsleute. Da dies nicht erfolgte, bat man die Dolmetscher, die Excellenzen über ihr Urtheil zu fragen. Nachdem sich der Dolmetscher endlich verständlich gemacht, erhielt er zur Antwort: „Wir Japanesen kennen diese Art Hühner, wir haben deren in unserem Lande und nennen sie holländische Hühner."

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig vom 21. März:
Weizen 174 Last, 133.34pfd. fl. 560; 132pfd. fl. 527½ bis fl. 545; 131.32pfd., 130pfd. fl. 527½; 129pfd. fl. 513.
Roggen, 30 Last, fl. (?).
Erbsen, 7 Last, fl. 325.

Berlin, 20. Mai. Weizen 65—77 Thlr.
Roggen 49½—½ Thlr. pr. 2000pfd.
Gerste, große und kl. 34—37 Thlr.
Hafer 24—27 Thlr.
Erbsen, Koch- und Futterwaare 49—57 Thlr.
Rüböl loco 13⅓ Thlr.
Leinöl loco 13⅔ Thlr.
Spiritus 17 7/12—⅔ Thlr. pr. 8000 % Tr.

Stettin, 20. Mai. Weizen 70—75 Thlr.
Roggen 49½—50 Thlr.
Rüböl 13⅓ Thlr.
Spiritus ohne Faß 17⅓ Thlr.

Königsberg, 20. Mai. Weizen 85—86 Sgr.
Roggen 53—54 Sgr.
Gerste gr. 38—45 Sgr., kl. 40 Sgr.
Erbsen, w. 53—55 Sgr.
Spiritus ohne Faß 18 Thlr.

Elbing, 20. Mai. Weizen 125.35pfd. 75—95 Sgr.
Roggen 52—56 Sgr.
Gerste große 35—41 Sgr.
kleine 34—39 Sgr.
Hafer 24—32 Sgr.
Erbsen w. 46—55 Sgr.
Spiritus 17 Thlr.

Graudenz, 19. Mai. Weizen 62½—87½ Sgr.
Roggen 50—52½ Sgr.
Hafer 29—30 Sgr.
Gerste 35—37½ Sgr.
Erbsen 50—52½ Sgr.
Spiritus 18—19 Thlr.

Bromberg, 20. Mai. Weizen 125—28pfd. 62—66 Thlr.
Roggen 120—25pfd. 43—45 Thlr.
Gerste gr. 28—30 Thlr., kl. 23—28 Thlr.
Erbsen 38—42 Thlr.
Spiritus 16⅔ Thlr.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 17. bis incl. 20. Mai:
1267 Last Weizen, 310½ L. Roggen, 45½ L. Erbsen, 421 Stück eichene u. 19,686 St. fichtene Balken, 49 Last Faßholz, 9 L. Bohlen, 11 Ballen Packleinwand.
Wasserstand 2 Fuß.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:
Major im Generalstabe v. Morczowicz a. Berlin. Rittmeister und Rittergutsbesitzer Simon a. Marienfee. Rittergutsbes. Höpner n. Gattin a. Neuendorf. Apotheker Dorn n. Gattin a. Königsberg. Die Kaufleute Strahl a. Berlin, Jackson a. London, Sattler a. Pforzheim u. Bachert a. Danzig.

Hotel de Berlin.
Rittergutsbes. v. Jerboni di Sposetti aus Breslau. Kaufl. Steffens a. Aachen, Krüger a. Frankfurt und Schröder a. Mühlhausen.

Hotel de Thorn.
Oberamtmann Witting a. Rastenburg. Gutsbesitzer Seliger a. Neuteich u. Höfler a. Königsberg. Kaufleute Wolfheim a. Pr. Stargardt, Jeche a. Gartz a. O., Neumann a. Braunschweig, Laun a. Leipzig u. Stampel a. Mainz. Fabrikant Oppenheim a. Berlin.

Walter's Hotel:
Rechtsanwalt Blöbaum a. Berent. Kaufl. Richter u. Davidsohn a. Berlin. Jacobsohn a. Berent.

Schmelzer's Hotel:
Gutsbes. Hegewald a. Neuteich. Assessor Brauns a. Königsberg. Kaufl. Löwenthal a. Schirstedt, Beyer u. Horwitz a. Berlin, Schliebach a. Stettin.

Hotel d' Oliva.
Gutsbes. v. Zanthier a. Friedrichshoff u. Pietsch a. Jacobswalde. Pfarrer Köpka a. Orhöft.

Deutsches Haus:
Kaufl. Eisenstädt n. Frau a. Neumark u. Lyskowski a. Civau. Gutsbes. Wentzel a. Piekel u. Lemm aus Griefkohl. Rektor Winter n. Sohn a. Lipehne. Bindemann n. Frau a. Chattschow.

Von Hertz in Berlin empfing der Unterzeichnete und ist bei ihm zu haben:

Stahl.

17 parlamentarische Reden u. 3 Vorträge.

Nach letztwilliger Bestimmung geordnet und herausgegeben. Preis 1 Thlr.

L. G. Homann in Danzig,
Kunst- und Buchhandlung, Jopengasse 19.

Bei meiner Abreise nach Rußland sage ich allen meinen Verwandten, Freunden und Freundinnen ein herzliches Lebewohl auf ein fröhliches Wiedersehn.

Wotzlaff, den 21. Mai 1862.

David Wiens.

Schöne Portemonnaies
u. Cigarrentaschen zu billigen Preisen
erhielt wieder neue Muster **J. L. Preuss,**
Portechaisengasse 3.

Ein freundl. möblirtes Zimmer ist Fleischergasse 41 vom 1. Juni c. ab zu vermiethen.

Großes Glück

habe ich durch die Königl. Preuß. Lotterie bei der jetzigen letzten Ziehung so gehabt, daß ich mich sofort entschlossen habe, mein Herren-Garderoben-Geschäft, anderweitiger Unternehmungen halber, gänzlich aufzulösen.

Ich habe daher beschlossen, einen General-Ausverkauf, welcher nur einige Tage dauern wird, zu veranstalten, und gebe sämmtliche Herren-Kleidungsstücke zu folgenden Preisen fort:

Elegante schwarze Tuchröcke, welche bisher 12 tlr. gekostet haben, jetzt für	6	"
Leib- u. Gehröcke früher 10 tlr. jetzt	5	"
Schwarze Beinkleider — 5 " —	2½	"
Couleurte do. — 6 " —	3	"
Diverse Westen pro Stück	15	sgr.
Haus- und Kegelröcke — —	20	"
Einsegnungsanzüge — 12 tlr. jetzt	6	tlr.
Gesellenanzüge — 12 " —	6	"
Turnanzüge — 2⅓ " —	1⅓	"

Knabenanzüge von 2 tlr. an.
Oberhemden, Schlippse u. Kravatten auch für ein Spottgeld.

Darum eilen sie rasch meine Herren, bevor es alle wird, nach dem **Breitenthor No. 2.**

Breitenthor No. 2.

Die von dem Erfinder der Waldwoll-Erzeugnisse, Herrn Lairitz in Remda (Inhaber des schweizer Diploms der Ehrenmeldung des Gewerberaths in Bern, sowie der bei der Industrie-Ausstellung zu Metz in Frankreich geprägten Bronce-Medaille) **ist in frischer Waare wieder eingetroffen.**

Außer sämmtlichen Bekleidungs-Sachen empfehle ich namentlich soeben gezogenen Waldwoll-Extract und Balsam zu Bädern, Waldwoll-Oel ꝛc. und Watten zum Umhüllen kranker Glieder,

Hundert Zeugnisse, Gutachten und legale Nachweise über die bei Gicht und Rheumatismus mit den Lairitz'schen Waldwoll-Fabrikaten und Präparaten erzielten günstigen Resultate liegen zur Einsicht bereit und werden auf Verlangen gratis abgegeben.

W. A. Jantzen,
Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34.

Alleiniges Depot dieser ächten Waldwoll-Erzeugnisse hier am Orte.

Berliner Börse vom 20. Mai 1862.

	Zf.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4½	100⅝	100⅝
Staats-Anleihe v. 1859	5	107⅝	107⅛
Staats-Anleihen v. 1850, 1852	4½	100⅛	100
do. 1854, 55, 57,	4½	101⅛	100⅝
do. v. 1859	4½	101⅛	101
do. v. 1856	4½	101⅛	100⅝
do. v. 1853	4	100	99½
Staats-Schuldscheine	3½	—	—
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	122	121
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	88¾	88¼
Ostpreußische Pfandbriefe	4	99¼	98¾
Pommersche do.	3½	91⅔	—
do. do.	4	100¾	100½
Posensche do.	4	—	104¼
do. do.	3½	—	97⅝
do. neue do.	4	97¾	97¼
Westpreußische do.	3½	—	87¾
do. do.	4	—	98¼
do. do. neue	4	—	—
Danziger Privatbank	4	—	100½
Königsberger Privatbank	4	—	97½
Pommersche Rentenbriefe	4	—	99
Posensche do.	4	—	98
Preußische do.	4	99	98½
Preußische Bank-Antheil-Scheine	4¼	—	119½
Oesterreich. Metalliques	5	55½	54¼
do. National-Anleihe	5	64⅜	63⅝
do. Prämien-Anleihe	4	77	—
Polnische Schatz-Obligationen	4	82¼	—
do. Cert. L.-A.	5	—	94¼

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.